

„Verfolgte Christen Aktuell“

Info- und Aktionsbrief des IGFM-Arbeitskreises Religionsfreiheit/Verfolgte Christen 1-2008



Paulusjahr

Würde Paulus in der Türkei das Jubiläum überleben?

Wäre Paulus, der etwa im Jahr 8 in Tarsus (heutige Türkei) geboren wurde, im Jahr 2008 in der Türkei als Missionar aktiv, würde er das vom 28. Juni 2008 bis 29. Juni 2009 durch Papst Benedikt XVI ausgerufenen Paulusjahr überleben?

Eine Meldung von Mai 2008 würde Zweifel an der Sicherheit des Paulus hervorrufen:

Pastor Ihsan Özbeck, Leiter einer protestantischen Gemeinde in der türkischen Hauptstadt Ankara, ist offenbar durch einen glücklichen Zufall einem Anschlag entronnen. Wie die türkische Presse am 7. Mai 2008 berichtet, war Ihsan Özbeck nicht anwesend, als drei bewaffnete Männer zu seiner Kirche kamen. Die Männer, von denen einer laut Bericht chirurgische Handschuhe trug, hätten die anwesenden Gemeindeangestellten mit vorgehaltener Waffe bedroht und nach dem Pastor verlangt. „Richtet dem Priester aus, dass wir ihn erledigen werden“, wird einer der Angreifer zitiert. Die Männer seien mit einem Auto davongefahren, bevor die von Gemeindegliedern alarmierte Polizei eintraf. Özbeck war nach der Ermordung von drei Christen im osttürkischen Malatya im vergangenen Jahr landesweit bekannt geworden, als er vor laufender Kamera die religiöse Intoleranz in der türkischen Gesellschaft anprangerte. Bei Angriffen auf katholische, protestantische und orthodoxe Christen in der Türkei wurden in den vergangenen drei Jahren fünf Menschen getötet und mehrere verletzt. (nach KNA/Radio Vatikan 7.5.2008)

Christliche Mission und Missionare werden besonders von Nationalisten als Bedrohung der nationalen Identität und Unterwanderung der Türkei gesehen. Nach Berichten türkischer Fernsehsender hielten Sicherheitsbehörden den im Februar 2006 in Trabzon ermordeten katholischen Priester Andrea Santoro für

einen separatistischen Staatsfeind, bei dem Telefonüberwachung durchgeführt wurde. Der für den Mord verantwortliche Jugendliche wurde als Einzeltäter dargestellt. Ebenso wie für die 2007 begangenen Morde an dem armenischen Zeitungsherausgeber Hrant Dink in Istanbul und den drei protestantischen



Trauerfeier für den 2007 in Malatya ermordeten Gemeindeleiter Necati Aydin

Christen in Malatya steht ein rechts-extremer Ergenekom-Bund als Drahtzieher unter Verdacht. Die Vereinigung protestantischer Kirchen in der Türkei zählt in ihrer Jahresbilanz 2007 19 Anschläge auf ihre Gemeinden, eine wachsende Beobachtung ihrer Mitglieder und häufige Verweigerung von Veranstaltungsgenehmigungen auf. Unbekannte versuchten 2006, Bischof Luigi Padovese (Iskenderun), den Vorsitzenden der katholischen Bischofskonferenz der Türkei, mit einem Motorrad zu überfahren, wie er der IGFM versicherte.

Die Christen in der Türkei sehen im Paulusjahr einen Anlaß, mit Regierung und Behörden über Religionsfreiheit ins Gespräch zu kommen.

Die katholische Bischofskonferenz der Türkei und der Kölner Kardinal Joachim Meisner setzten sich bei Ministerpräsident Erdogan für den Bau eines christlichen Pilgerzentrums und den Neubau einer Kirche in Tarsus ein. Zur Zeit sind dort nur gelegentliche Gottesdienste in einer als Museum genutzten Kirche möglich. Für die gottesdienstliche Nutzung der musealen Pauluskirche brauchen nach bisheriger Mitteilung des Kultusministeriums während des Paulusjahres 2008/2009 keine Tickets gelöst, Kreuze und Ikonen müssen aber danach entfernt werden.

Unzureichend sind die zu Anfang 2008 erfolgten Änderungen im Strafrechtsparagrafen 301 (Herabwürdigung des Türkentums) und im türkischen Stiftungsrecht. Am 7. April 2008 wurde der Gesetzentwurf zu Art.301 ins Parlament eingebracht. Die Formulierung „Herabwürdigung des Türkentums“ wurde durch „Beleidigung der türkischen Nation“ ersetzt und der Strafrahmen auf höchstens zwei Jahre reduziert. Außerdem sollen Verfahren nach Paragraf 301 künftig nur noch mit ausdrücklicher Ermächtigung des Justizministers eingeleitet werden. Das türkische Parlament hat am 30. April 2008 der Revision des Gesetzes zugestimmt. Nach Ansicht der IGFM kann diese Reform nicht als ausreichend angesehen werden. Richter haben weiterhin genügend Spielraum, jeden strafrechtlich zu verfolgen, der in der Öffentlichkeit den Völkermord an den Armeniern und Probleme mit den Kurden anspricht. Zahlreiche Intellektuelle und Schriftsteller gerieten deswegen in Konflikt mit dem

Gesetz. So wurde der im Januar 2007 ermordete armenisch-christliche Journalist Hrant Dink wegen eines das „Türkentum beleidigenden“ Zeitungsartikels zu sechs Monaten Haft verurteilt, sein Sohn Arat zu einem Jahr mit Bewährung. Laut des türkischsprachigen Nachrichtensenders CNN-Türk wurden innerhalb von 5 Jahren 1481 Prozesse eröffnet, die auf diesen Paragraphen beruhen. Dem Handelsblatt zufolge steigen die Zahlen der Anklagen, von 835 Anklagen im Jahr 2007 zu bereits 744 im ersten Quartal 2008.

Am 20. Februar 2008 verabschiedete das türkische Parlament das sogenannte Stiftungsgesetz, das die Eigentumsrechte der christlichen Kirchen ausweitet. Zwar ist die Rückgabe enteigneten Besitzes an die christlichen Stiftungen vorgesehen, jedoch bezieht es sich nur auf Enteignungen seit den 70er Jahren und sieht keine Erstattung von Immobilien vor, wenn sie vom Staat bereits an Dritte verkauft wurden. Es geht hier um Tausende Grundstücke und Gebäude, deren Wert nach vorsichtig Schätzungen mit 150 Milliarden Dollar beziffert wird. Das grundlegende Problem eines öffentlich-rechtlichen Status der Kirchen bleibt jedoch weiterhin ungelöst.

Ob die prinzipielle Erlaubnis des Religionswechsels vom Islam zu einem anderen Bekenntnis, wie in der April-Ausgabe der Monatszeitschrift der Religionsbehörde Diyanet dargestellt, nur ein Lippenbekenntnis ist oder nicht, wird sich weiter zeigen. Die Fatwa, das islamische Rechtsgutachten, stellt fest, dass der islamische Glaube neben der göttlichen Strafe keine weltliche Bestrafung für Konvertiten aus dem Islam vorsieht. Als Beleg wird Vers 137 der koranischen Nisa-Sura zitiert: „Siehe diejenigen, welche glauben und hernach ungläubig werden, dann wieder glauben und dann noch zunehmen an Unglauben, denen verzeiht Allah nicht und nicht leitet Er sie des Weges“. Es kann danach keine Todesstrafe für den Glaubensabfall geben; es wäre ja sonst unmöglich, dass jemand zum Glauben zurückkehrt und dann wieder abfällt, so die Religionsbehörde. Das oberste Berufungsgericht in der Türkei entschied

zudem Mitte April, dass die Behörden nach einem Religionswechsel zum Christentum die Änderung des Vornamens erlauben müssen.

Die IGFM hofft, dass sich dieses Urteil positiv auf das Verfahren gegen die früheren Muslime Turan Topal und Hakan Tastan, die zum Christentum übergetreten sind, auswirkt.

In dem seit Oktober 2006 laufenden Prozeß wird den beiden eine geplante Missionierung türkischer Jugendlicher

zei angebrachten Kameras. Der von brieflichen und telefonischen Drohungen betroffene armenische Patriarch hat Bodyguards. Die Sicherheitsmaßnahmen bedeuten gleichzeitig eine Überwachung der Gemeinden. Isolierter ist auch die deutsche evangelische Gemeinde, die auch Überwachungsanlagen hat und prinzipiell keine Moslems mehr hereinläßt.

Diese Be- und Überwachung ist seit dem Jahr 2006, als zu Anfang der Priester Santoro in Trabzon ermordet wurde, deutlich sichtbar.



Kreuzkirche in Istanbul

Stärker ging uns die Bedeutung des sogenannten "Tiefen Staates" auf, unter dem man nationalistische und kemalistische Kräfte in Justiz, Polizei, Behörden versteht. Diese Kräfte wollen eine ethnisch reine muslimische türkische Türkei. Sie stehen hinter den Anschlägen auf Christen. Neu ist auch die stark gewachsene Zahl von Flüchtlingen in Istanbul. Art. 301

vorgeworfen. Unterschriftenlisten dazu und weitere zu „Christen in der Türkei“ sind bei der IGFM erhältlich.

Eine IGFM-Delegation besuchte im März 2008 Christen und christliche Gemeinden in Istanbul.

Gegenüber unserer letzten Reise von September 2003 sind die Zeichen für die Bedrohung von Gemeinden und Christen deutlich gestiegen.

Dies zeigt sich besonders beim armenisch-orthodoxen Patriarchat mit seiner Sicherheitsschleuse und von der Poli-

(Beleidigung der türkischen Nation) ist weiter ein Knebelparagraph, der Angst verbreitet, und das neue Stiftungsrecht wird wohl nur geringe Verbesserungen bringen. Erdogan selber ist für Christen noch das kleinere Übel, obgleich auch er deren Existenzrecht untergräbt. Seine Partei ist durch den Generalstaatsanwalt von Verbot bedroht.

Wichtig ist die Aufarbeitung des Bildes der Christen und besonders Missionare in Medien und Schulbüchern. Die türkische Geschichte wird verkürzt ohne die Bedeutung der Christen dargestellt.

Der gesamte Bericht kann bei der IGFM-Geschäftsstelle angefordert werden.

Informationen über die Arbeit des Arbeitsausschusses „Religionsfreiheit/Verfolgte Christen“ erhalten Sie bei der

IGFM,
Borsigallee 9,
60388 Frankfurt/M
Tel. 069-420108-0
Fax. 069-420108-33
e-mail: religion@igfm.de
www.igfm.de

Irak: „Rettet die Christen im Irak“

Mit einem „Hilferuf der Christen im Irak“ hatte sich die Chaldäische Katholische Mission in Bayern an die Öffentlichkeit gewandt. „Rettet die Christen im Irak“, heißt es nun in einem im Frühjahr 2008 in München als Flugblatt publizierten Aufruf. Sie und ihre Kirchen seien seit Beginn des von den USA angeführten Eingriffs terroristischen Attentaten ausgesetzt. Mit der Entführung des Erzbischofs von Mossul, Paulus Faraj Rahho, der am 13. März 2008 tot aufgefunden wurde, habe die Spirale des Terrors durch radikale Islamisten eine gefährliche Dimension erreicht.

Bis jetzt seien drei chaldäische Priester ermordet und acht weitere entführt worden, heißt es. In letzter Zeit werde eine religiöse und ethnische Säuberungskampagne gegen die Christen im Irak durchgeführt. Zudem seien mehr als 16 Kirchen in Brand gesteckt worden. Von den Kirchtürmen würden die Kreuze entfernt. Christen müssten eine Kopfsteuer bezahlen. Viele würden gezwungen, entweder ihren Glauben zu verleugnen und sich zum Islam zu bekennen oder das Land zu verlassen.

Die Chaldäische Kirche führt sich auf die ersten christlichen Gemeinden in Mesopotamien, im heutigen Irak, zurück. Ihre Gemeinden schlossen sich im 16. Jahrhundert nach langer Zeit der Isolierung wieder der katholischen Kirche und dem Papst an. In der Liturgie des chaldäischen Ritus hat sich das Aramäische, die Muttersprache Jesu, erhalten.

nach(rv/kna) 2.4.2008

Ihre Spende überweisen Sie bitte unter dem Kennwort „Religionsfreiheit“ auf folgendes IGFM-Konto:

Tanus-Sparkasse
Konto Nr. 23 000 725
BLZ 512 500 00



Bei ihrer Jahresversammlung im April 2008 in Bonn hat die IGFM dem assyrisch-orthodoxen Pfarrer Emanuel Youkhana den Stephanuspreis für verfolgte Christen verliehen. Durch sein Hilfswerk CAPNI unterstützt er bedrohte Christen im Irak.

„Die Zeit des Schwertes ist über die Christen gekommen.“

Irakische Christen werden mit unvorstellbarer Grausamkeit von Muslimen verfolgt, gefoltert und umgebracht

Auszüge aus einem aktuellen Bericht der syrisch-orthodoxen Ordensfrau Hatune, aufgezeichnet im Mai 2008 von Dr. Peter Düren, Referent beim Bistum Augsburg.

Der unvorstellbare Hass der Muslime in dem von den christlichen Amerikanern besetzten Land zielt vor allem auf die Besatzer, entläßt sich jedoch auch an den übrigen Christen, die als gebildete Einheimische von den Amerikanern bevorzugt werden. Schwester Hatune berichtet von dem Fall einer 42-jährigen irakischen Mutter von zwei Kindern, die als Putzfrau bei Amerikanern im Irak arbeitete. Als sie aus dem Haus kam, wurde sie erschossen, doch nicht mit einer oder zwei Kugeln, sondern mit 42 Kugeln; dermaßen groß sei der Hass auf die Christen, die ihnen, wie sie meinen, Land und Öl weggenommen hätten. So mischen sich in den Mordattentaten politische und religiöse Motive.

Häufig würden muslimische Entführer christliche Mädchen kidnappen und anschließend von der christlichen Familie ein Lösegeld fordern. Doch selbst wenn die Familie zahle, seien die Opfer bereits traumatisiert oder würden trotzdem umgebracht.

Es handele sich dabei um 5- bis 20-jährige Mädchen bzw. junge Frauen. Vergangene Woche sprach Schwester Hatune mit einem 7-jährigen Mädchen, das bereits als 5-Jährige mehrfach vergewaltigt worden war. Das Mädchen habe man anschließend im Genitalbereich aufgeschlitzt. Noch heute, nach Jahren, reagiere es völlig phlegmatisch.

Schwester Hatune stockt, als sie davon erzählt. Sie sagt, die Bilder dieses kleinen Mädchens, das mit ausdruckslosem Gesicht auf ihrem Schoß saß, dumpfe Laute von sich gab und nicht in der Lage war, sich richtig zu artikulieren, würden ihr nicht mehr aus dem Kopf gehen.

Schwester Hatune berichtet von einem chaldäischen Priester, dessen Frau vor seinen Augen vergewaltigt wurde. Der Priester und Vater von zwei Kindern wurde anschließend von Kidnappern verschleppt und sexuell missbraucht. 72.000 Euro brachten Verwandte auf, damit er befreit werden konnte. Mittlerweile konnte sich die Familie in die USA flüchten.

Für die Freilassung eines 9-jährigen christlichen Mädchens zahlte deren Familie 33.000 Euro. Zuvor war das kleine Mädchen 19 Tage lang gefangen gehalten und jeden Tag von fünf Männern vergewaltigt worden.

Insgesamt begegnete die Ordensschwester 202 vergewaltigten Mädchen und jungen Frauen zwischen 5 und 25 Jahren, Christinnen aus dem Irak, die systematisch von militanten Muslimen geschändet wurden. Sogar in der Moschee werde gepredigt: „Es ist die Zeit des Schwertes über die Christen gekommen.“

Die Berichte darüber gelangten nicht in den Westen. Die UNO in Syrien habe zwar Berichte über diese Gräueltaten bekommen, viele muslimische Mitarbeiter würden diese Anzeigen gegen ihre eigenen Glaubensbrüder jedoch nicht weitergeben, sondern zerreißen.

Weitere Infos:
www.sisterhatunefoundation.com/iraq.htm

Termin: _____

Am 20. September 2008:
IGFM -Tagesseminar
„Bedrohtes Menschenrecht Mission“
in der Jesuitenhochschule
St. Georgen in Frankfurt/M.
Hauptreferent:
Prof. Dr. Thomas Schirmmacher

China: Verfolgung von Christen vor den Olympischen Spielen



Am Mittwoch, den 28. November 2007, verhaftete die Polizei den 37-jährigen Shi Weihan (im Bild mit seiner Familie) in Peking zum ersten Mal, nachdem 20 Mitarbeiter des staatlichen Sicherheitsdienstes seinen christlichen Buchladen in der Nähe des Olympischen Dorfes durchsucht und christliche Literatur, einen Computer und die Geschäftsbücher beschlagnahmt hatten. Shi ist Mitglied einer staatlich nicht registrierten Pekinger Gemeinde. Shis Frau wurde vorübergehend festgenommen. Nach einer vorübergehenden Freilassung Anfang Januar 2008 kam der Vater zweier Töchter im Alter von 7 und 11 Jahren am 19. März 2008 erneut in Haft. Nach Informationen von China Aid Association werden ihm illegales Drucken und Vertreiben von Bibeln und christlicher Literatur vorgeworfen, und er wurde als „gefährliches religiöses Element“ bezeichnet. Christliche Kreise sind in Sorge um den an Diabetes leidenden Shi.

Am 16. Mai 2008 wurde nach Angaben von China Aid zum wiederholten Mal der prominente Hauskirchenleiter Pastor Lou Yuangi in der Stadt Qingshuihe (Provinz Xinjiang) verhaftet. Ihm wird „Anstachelung von Separatismus“ vorgeworfen.

Informationen und Appellbriefe über die in 2008 von IGFM und IDEA benannten chinesischen „Gefangenen des Monats“ - die 78-jährige Shuan Shuying aus Peking, der uigurische Konvertit Alimujiang Yimiti und Shi Weihan - finden Sie unter www.idea.de.

Algerien: Christen von Antimissionierungsgesetz bedroht

Das im Sommer 2006 in Kraft getretene Antimissionierungsgesetz bedroht seit Anfang 2008 zunehmend die kleine christliche Minderheit im bis zu 99% islamischen Algerien.

Von November 2007 bis April 2008 ließ die Polizei nach Compass-Informationen 19 christliche Gemeinden schließen, darunter die 1200 Mitglieder umfassende „Full Gospel Church“ in Tizi Ouzou, 100km östlich von Algier. Viele Zeitungsartikel warnen vor Kampagnen der Protestanten zur Christianisierung Algeriens. Im Februar 2008 wurde ein katholischer Priester zu einem Jahr Haft auf Bewährung verurteilt, weil er am 29.12.2007 an einem nicht genehmigten Gebetstreffen afrikanischer Christen teilgenommen hatte; ein muslimischer Arzt zu zwei Jahren Haft, weil er Medikamente der Caritas benutzt hatte. Am 21. März 2008 verhaftete die Polizei zwei algerische Christen, die in einem Bus von Tizi Ouzou nach Bejaia 11 Bibeln bei sich hatten. Am 2. April 2008 verurteilte ein Gericht in Tiaret einen Christen zu einer zweijährigen Bewährungs- und Geldstrafe, weil er einem verdeckt arbeitenden Polizeioffizier eine Bibel gegeben hatte. Am 9. Mai 2008 wurden nach dem Besuch einer Gebetsversammlung in Westalgerien sechs Christen wegen Verbreitung „illegalen religiösen Materials“ vorübergehend festgenommen und angeklagt.

Fordern Sie Algerien auf, die Religionsfreiheit der Nichtmuslime zu achten, die geschlossenen christlichen Gemeinden wieder zu öffnen, die Prozesse gegen Christen zu beenden, den verurteilten muslimischen Arzt freizulassen und die Einreise und den Aufenthalt für Kirchenpersonal zuzulassen. Staatspräsident Abd al-Asis Bouteflika via Botschaft der Demokratischen Volksrepublik Algerien, S.E. Botschafter Hocine Meghar, Görschstr.45-46, 13187 Berlin

Nordkorea:

Nach Informationen von HMK-USA wurden im März 2008 in Nordkorea zehn Studenten wegen Lesens der Bibel und Anschauen einer christlichen DVD verhaftet. Nach einem Bericht der US-Kommission für internationale Religionsfreiheit von April 2008 werden in Nordkorea Sicherheits- und Geheimdienstmitarbeiter theologisch geschult und angewiesen, sich als Christen auszugeben, um sich Zugang zu Gebetsversammlungen im Untergrund zu verschaffen. Blockwarte werden angewiesen, bei Bewohner auf den Besitz einer Bibel zu achten. Nach Angaben früherer Aufseher gibt es Fälle, wo Christen in Lagern - man schätzt 50.000 bis 70.000 inhaftierte Gläubige - vor ihrer Erschießung ihre eigenen Gräber ausheben müssen. Nordkorea gilt als das Land mit der stärksten Christenverfolgung.

Indien:

Am 28. April 2008 tötete Durgan Mundu, Mitglied einer radikalen Hindu-Gruppe, Pastor Letaro Horo im Dorf Burju, Bundesstaat Jharkhand. Er hatte Horo zum Gebet für eine Krankenheilung in sein Haus eingeladen, wie The Voice of the Martyrs (Kanada) berichtet. Als Horo seine Augen schloß, durchtrennte er mit einer Axt seinen Hals. Horo war sofort tot. Im März 2008 erließ der sechste indische Bundesstaat Rajasthan ein Anti-Konversionsgesetz, das in der Realität gegen den Religionswechsel vom Hinduismus zum Christentum gerichtet ist und bei Missachtung bis zu fünf Jahren Haft vorsieht.

Impressum

Herausgeber:

Internationale Gesellschaft für Menschenrechte
Deutsche Sektion e.V. (IGFM)
Borsigallee 9, D-60388 Frankfurt,
Tel.: 069 - 420 108 0,
Fax : 069 - 420 108 33
e-mail: info@igfm.de.

Internet: www.igfm.de

UstIDNr. DE 1142 35 684

Sektion Österreich:

Untere Augartenstr. 21, A-1020 Wien
Tel. 0043-1-332 9543 Fax. 0043-1-3306268

Sektion Schweiz:

Birkenweg 1, CH-2660 Nidau
Tel. 0041-32-331 7557 Fax.0041-32- 331 5761

Verantwortlich: Karl Hafen

Redaktion: Walter Flick, Karl Hafen

Druck: MDV-Druck GmbH, Merzig

Satz und Layout: Angelika Kleine

Herausgabe bezuschusst aus Mitteln der

Stephanus-Stiftung für verfolgte Christen

Dieses Mitteilungsblatt wird an Mitglieder und

Förderer der IGFM kostenlos verschickt. Hier ge-

äußerte Meinungen stimmen nicht unbedingt mit

der Meinung des Herausgebers überein.